



JU

JUNGE UNION
LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

Sachanträge (B) für Antragsberatung

**71. Landesverbandstag der Jungen Union
am 20./21. Mai 2016 in Salzgitter**

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 01

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich für den Erhalt des Bildungsföderalismus ein.“

Begründung:

„Forderungen nach einer bundesdeutschen, einheitlichen Bildungspolitik müssen wir uns als JU entgegenstellen. Dies ist notwendig, da eine einheitliche Bildungspolitik vermutlich eher auf dem Niveau schwächerer Bundesländer wäre, als auf dem stärkerer Bundesländer. Zudem würde so eine Veränderung sehr große strukturelle Schwierigkeiten mit sich bringen. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt, ist das hohe bildungspolitische Engagement der versammelten Linken in Deutschland. Aufgrund dessen wäre eine bundesdeutsche Bildungspolitik mit hoher Wahrscheinlichkeit politisch links orientiert, was wir auf jeden Fall vermeiden müssen.“

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Antrag Nr.: 02

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Kommunen auf, mehr Geld in die Instandhaltung und Aufrechterhaltung eines vielfältigen Angebots in den Innenstädten der Städte zu investieren. Dazu sind bei Bedarf Fördermittel von Land oder Bund zur Verfügung zu stellen.“

Begründung:

„Ein belebtes Angebot in den Innenstädten auch kleinerer Städte ist sehr wichtig für einen Wohnstadtort. Auch im Zusammenhang des Grundsatzes, dass jeder Geburtsort dieselben Chancen und Möglichkeiten mitbringen muss, ist eine solche Regelung sinnvoll. Die Investitionen sollten sich dabei jedoch in umsetzbaren Maßstäben bewegen.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 03

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert den Bundesverband der CDU, den Landesverband Niedersachsen der CDU sowie die Bundestagsfraktion der Union auf, von eventuellen Plänen den Bargeldgebrauch kurz-, mittel- oder langfristig einzuschränken, Abstand zu nehmen. Überdies setzen wir uns für eine Ausweitung der bargeldlosen Zahlung ein.“

Begründung:

„Eine Einschränkung des Bargeldgebrauchs ist in der Bevölkerung im Moment nicht gewünscht. Die CDU sollte aufgrund der aktuellen innenpolitischen Lage präzise abwägen, inwieweit solche Abweichungen von der Meinung der Bevölkerung vertretbar sind. Zudem sind die daraus entstehenden Vorteile bzgl. der Themen Übersichtlichkeit und Kriminalitätsbekämpfung nicht so groß, als dass sie die gefühlte Einschränkung der persönlichen Freiheit rechtfertigen würden.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 04

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Lage, keinesfalls Steuererhöhungen in Betracht zu ziehen.“

Begründung:

„Eine Steuererhöhung würde in Verbindung mit der Flüchtlingskrise zu einer dramatischen Erhöhung der Unzufriedenheit führen. Mit Blick auf die kommenden Wahlen sind Steuererhöhungen strategisch also sehr unklug. Dazu kommt, dass die Einnahmen des Staates im Moment sowieso sehr hoch sind, und eine Verringerung der Ausgaben zielführender wäre als eine Steuererhöhung.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 05

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich gegen eine Erhöhung der Jagdsteuer ein.“

Begründung:

„Jäger sind äußerst wichtig, um das Gleichgewicht der Arten in einem Ökosystem zu erhalten, kranke Tiere zu schießen oder Populationen zu erhalten oder zu begrenzen. Die Jagdsteuer ergab Sinn, als es noch viele Jäger gab, und die Anzahl dieser noch begrenzt werden musste. Nun gibt es aber so wenig Jäger, dass jeder einzelne wichtig für die verschiedenen Ökosysteme und Biosphären ist. Eine weitere Belastung dieser zumeist ehrenamtlichen Jäger ist daher nicht sonderlich sinnvoll.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 06

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich dafür ein, die Erbschaftssteuer signifikant zu senken.“

Begründung:

„Das Vermögen, welches vererbt wird, ist schon einmal regelkonform versteuert worden. Zudem drängt sich so der Eindruck auf, der Staat wolle von dem Tod seiner Bürger profitieren, was Unzufriedenheit schürt. Die Erbschaftssteuer ist daher unter 2 Gesichtspunkten nicht zielführend.“

Votum der Antragskommission:

Verweis auf Landesausschuss

Antrag Nr.: 07

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher vorsieht, dass Auslandsfinanzierungen religiöser Gemeinschaften in Deutschland nach dem Vorbild Österreichs stark eingeschränkt werden.“

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Diese müssen erst beantragt werden und unterliegen strikter staatlicher Kontrolle, beispielsweise durch den Verfassungsschutz.“

Begründung:

„Aufgrund der aktuellen politischen Lage ist das Anliegen, die Entstehung von Terrorgefahr auf deutschem Boden zu verhindern, wichtiger denn je. Eine Regelung wie sie der Antrag vorsieht wäre nicht nur symbolpolitisch ein wichtiges Zeichen, sondern kann auch realpolitisch stark dazu beitragen, radikalen Vereinen und Hasspredigern - die es in Deutschland vereinzelt leider gibt – die Finanzierung einzudämmen und ihre Aktivitäten einzuschränken.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 08

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich für ein Verbot der türkisch-nationalistischen Vereinigung „Graue Wölfe“ ein.“

Begründung:

„Die Grauen Wölfe sind ein Ableger der rechtsextremen türkischen `Partei der Nationalistischen Bewegung´ (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP). Da die Partei sich offen und direkt zu verfassungsfeindlichen Äußerungen bekennt und diese auch regelmäßig selbst tätig, sowie mit Terrorismus direkt in Verbindung steht, ist sie zu verbieten.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 09

Verband: Kreisverband Peine

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Der JU Landesverband Braunschweig wirkt gegenüber der Jungen Union Niedersachsen darauf hin, dass die Mitgliedschaft in der JU und der CDU nicht vereinbar ist mit Mitgliedschaften in den folgenden Vereinigungen, sowie in organisatorisch oder ideologisch mit ihnen verknüpften/nahestehenden Organisationen:

- Graue Wölfe
- Gülen Bewegung
- Vereinigungen, die im Zusammenhang mit der salafistischen „LIES!-Stiftung“ stehen

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Begründung:

„Jedes Mitglied, egal welcher nationaler, religiöser oder sonstiger Herkunft, das unsere Werte teilt, für unsere Ziele eintritt und am politischen Leben in der Union teilhaben möchte, ist bei uns willkommen. Jedoch kann bei Mitgliedern der oben aufgelisteten Vereinigungen generell davon ausgegangen werden, dass dies nicht so ist. Ebenso zweifeln wir an ihrer allgemeine Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland. In Zeiten, in denen Terror und Gewalt durch in Deutschland radikalisierte Islamisten in den Fokus rücken, halten wir diesen klaren Ausdruck der Ablehnung der Gesinnung der oben genannten Organisationen für das richtige Signal. Es ist mit äußerster Vehemenz zu verhindern, dass Mitglieder jener Organisationen eine Mitgliedschaft in JU und CDU ausschließlich zur Lobbyarbeit für ihre Organisation und deren Ziele nutzen, so wie dies bereits in einigen Fällen in Nordrhein-Westfalen geschehen ist.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 10

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich für ein Burkaverbot ein. Wir fordern die Bundestagsfraktion der CDU auf, ein entsprechendes Gesetz in die Wege zu leiten.“

Begründung:

„Eine Vollverschleierung ist Gesetzeswidrig. Dazu kommt, dass sie ein weltweites Symbol für die Unterdrückung der Frau und den radikalen Islamismus ist. Es steht einem demokratischen, aber auch einem christlichen Land nicht gut zu Angesicht, dieses Symbol zuzulassen.“

Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Beschlusslage

Antrag Nr.: 11

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung sowie den Bundesverband der CDU auf, auf die Aufhebung des Tanzverbotes an bestimmten kirchlichen Feiertagen hinzuwirken.“

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Begründung:

„Das Tanzverbot ist ein Überbleibsel aus vergangenen Tagen. Es steht weder der Bundesrepublik Deutschland noch der CDU als moderne, konservative, christliche Partei gut zu Angesicht, auf eine gesetzliche Durchsetzung dieses Verbots zu beharren. Im Gegenteil ist es ein Zeichen von Selbstsicherheit und Gefestigkeit, nicht auf ein solches Gesetz angewiesen zu sein. Auch schwächt es das Ansehen und die Beliebtheit der kirchlichen Institutionen in der Öffentlichkeit.“

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Antrag Nr.: 12

Verband: Kreisverband Helmstedt
--

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich für eine Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit Adoptionsrecht ein.“

Begründung:

„Ggf. mündlich“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 13

Verband: Kreisverband Helmstedt
--

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig bekennt sich ausdrücklich zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA.“

Begründung:

„Viele Kritikpunkte sind reine Panikmache der Linksaktivisten um Campact und Co. Andere Kritikpunkte sind noch gar nicht richtig diskutierbar, da die Details noch nicht veröffentlicht wurden. Diese Geheimhaltung ist absolutes Standardverfahren bei Verträgen zwischen zwei Ländern und wird seit jeher so angewendet, da sich keiner der Verhandlungspartner in die Karten schauen lassen möchte. Die JU steht über gedankenloser Hetze und nationalistischen Protektionismus und für die Marktwirtschaft und den freien Handel.“

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 14

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die deutsche Regierung auf, weiterhin zu beachten, dass auf der Krim und in der Ostukraine jeden Tag die nationale Integrität unseres Verbündeten, der Ukraine verletzt wird. Sanktionen gegen Russland gilt es trotz der aktuellen weltpolitischen Lage aufrecht zu erhalten.“

Begründung:

„Viele unserer aktuellen Herausforderungen könnten sehr viel leichter mit einem freundlichen Russland gelöst werden. Kooperation ist auch vorteilhaft für alle Beteiligten, dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass die Ukraine unser Verbündeter ist, und wir die Verbrechen auf der Krim und in der Ostukraine nicht vergessen dürfen. Wir dürfen uns außenpolitisch nicht noch unglaubwürdiger machen, indem wir unsere Verbündeten ignorieren.“

Votum der Antragskommission:

Ohne Votum

Antrag Nr.: 15

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig bekennt sich solidarisch zu den Nachkommen der Opfer des Völkermordes, der im Zuge des ersten Weltkrieges an der armenischen Bevölkerung verübt wurde. Zudem verurteilt sie die anhaltende Verleumdungspolitik der türkischen Regierungen.“

Begründung:

„Der Völkermord an den Armeniern ist mittlerweile mehrfach erwiesener historischer Fakt. Belege wurden durch Bilder, Literatur und die Geschichtsschreibung erbracht. Eine Aufarbeitung sowie Prävention kann nur passieren, wenn der Umgang offen und ehrlich ist. Aufgrund vergangener Taten zu lügen kann niemals in eine offene und tolerante Gesellschaft führen. Zudem gehört es sich einfach nicht, einen Genozid zu leugnen.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 16

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, eine Gesetzesänderung anzustreben, bei der die Möglichkeit der Geldstrafe bei den Paragrafen 180 (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) und 182 (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen) des StGB ersatzlos gestrichen wird.“

Begründung:

„Ein Sexualdelikt, v.a. an Minderjährigen, kann ganze Leben zerstören oder für immer einschränken. Auch nur daran beteiligt zu sein ist ein schweres Verbrechen. Eine Geldstrafe ist dafür nicht angemessen.“

Votum der Antragskommission:

Ohne Votum

Antrag Nr.: 17

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert, dass der Verfassungsschutz in das Grundgesetz aufgenommen wird.“

Begründung:

„Ohne eine namentliche Erwähnung fehlt dem Verfassungsschutz eine wichtige Legitimation. Auch um unserem Geheimdienst zu erlauben, auf Augenhöhe mit den Geheimdiensten anderer Länder zusammenzuarbeiten ist die Legitimation aus der Verfassung wichtig. Zudem kann damit Forderungen aus den links- und rechtsextremen Lagern, den Verfassungsschutz abzuschaffen, Einhalt geboten werden.“

Votum der Antragskommission:

Ohne Votum

Antrag Nr.: 18

Verband: Kreisverband Braunschweig

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

Der Landesverband der Junge Union Braunschweig fordert die CDU Deutschlands auf, das Frauenquorum nicht weiter bei parteiinternen Personwahlen anzuwenden und somit § 15 Abs. 2-3 und Abs. 5 des Bundesstatuts zu streichen.“

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Begründung:

„Ziel der Einführung des Frauenquorums war es, mehr Frauen für die Partei zu gewinnen beziehungsweise mehr Vorstandsämter mit Frauen zu besetzen. Dieses Vorhaben ist nicht nur gescheitert, es endete sogar in einem weit schlimmeren Zustand. Viele Frauen, die qualitativ als Vorstandsmitglied geeignet wären, kandidieren nicht, um nicht als „Quotenfrau“ abgestempelt zu werden. Andere wiederum kommen nur in den Vorstand, weil sie auf Grund des Frauenquorums gewählt wurden. Dieses Vorgehen ist aber grundlegend falsch, denn weiblich sein allein, ist mit Sicherheit keine Qualifikation für ein politisches Amt. Auch muss gerade die CDU als Alternative zu anderen Parteien zeigen, wie wahre Gleichstellung auszusehen hat, anstatt dem Druck von Pseudofeministinnen nachzugeben. Letztlich ist zu sagen, dass eine Veränderung innerhalb der Mitgliedschaft einer Partei generell nicht über Regelungen oder noch schlimmer Quoten verändert werden kann.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 19

Verband: Kreisverband Helmstedt
--

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, der die Anwendung bestimmter, ausgesuchter Antibiotika sowohl in der Tierhaltung als auch im medizinischen Bereich stark einschränkt. Dadurch soll die Entstehung weiterer multiresistenter Bakterien vermieden werden.“

Begründung:

„Es gibt mittlerweile eine große Anzahl an verschiedenen multiresistenten Bakterien. Diese wächst immer weiter, da einerseits in der Tierhaltung und andererseits auch bei der Behandlung von Menschen inflationär Antibiotika verwendet werden. Dies ist nun ein gesellschaftliches Problem, welches in der Politik nicht kurzfristig gelöst werden kann. Deshalb müssen, als kurzfristige Lösung, ein oder zwei Antibiotika bestimmt werden, welche kaum noch angewendet werden dürfen. Diese können dann bei Infektionen mit multiresistenten Bakterien, z.B. in Krankenhäusern benutzt werden. Über einen längeren Zeitraum können dann auch langfristige Lösungen angestrebt werden.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 20

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die weitere Entkriminalisierung von Cannabis im medizinischen Bereich. Auch für den privaten Gebrauch soll eine Legalisierung mittelfristig, und unter regulierter Ausgabe, angestrebt werden.“

Begründung:

„Eine signifikante Erhöhung der Steuereinnahmen spricht dafür. Ebenso dafür sprechen die Entlastung der Polizei und das geringe Maß an krimineller Energie, das im Handel und Konsum von Cannabis steckt. Dazu kommt, dass die Gesundheitsschädigung und die Gefährdung für andere durch Cannabis nicht signifikant höher sind als durch Alkohol oder Nikotin. Ein Verbot hat rein historische Gründe und ist damit abzulehnen.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 21

Verband: Kreisverband Wolfenbüttel

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, sich gegen den Antrag einzusetzen, die E-Zigarette als Arzneimittel einzustufen.“

Begründung:

„Die E-Zigarette dient nicht nur als "Suchtentwöhnungsmittel" sondern stellt eine nicht gesundheitsgefährdende Alternative für Raucher da. Der inhalierte Dampf sowie auch das "Passivdampfen" durch die Umgebung enthält keine Giftstoffe wie sie im normalen Tabakraucher zu finden sind. In Tabak enthalten sind folgende Mittel: Aceton (Nagellackentferner), Arsen (Fackeln), Benzonol (Ameisengift), Cadmium (Auto Batterie), Kohlenmonoxid (Auto Abgase), DDT (Insektizid), Formaldehyd (Einbalsamierungsflüssigkeit), Cyanwasserstoff (Gas Verdampfungsprodukt), Blei (Alte Farbe und Benzin), Methanol (Raketentreibstoff), Phenol (Desinfektionsmittel), Toloul (Industrielles Lösungsmittel), Vinylchlorid (Plastik) sowie Nikotin.

Das Liquid einer E-Zigarette hingegen enthält: Propylenglycol (Getränke, Geschmacksträger), Glycerin (Pflanzlich), Aroma (Lebensmittel) und ggf. Nikotin.

Gem. Belegt wird dieses ebenfalls durch die Studie des Royal Colleg of Physicians im entsprechenden Forschungsreport.

Grund dieser ganzen Negativkampagne gegen die E-Zigarette ist lediglich die Tabakindustrie, die diese zu spät für sich entdeckt hat und erst jetzt probiert in den Markt einzusteigen. Nach ersten Prognosen wird die Zahl der E-Zigaretten-Nutzer gleich der Raucher sein, wenn nicht sogar höher.

Durch den Umstieg auf das sogenannte "dampfen" werden Krankenkassen entlastet, da weniger Kosten anfallen für Behandlungen.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 22

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich dafür ein, die Impfpflicht für Kinder signifikant auszuweiten.“

Begründung:

„Bei vielen Impfungen ist es den Menschen frei überlassen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht. Wenn man also das Risiko eingehen möchte krank zu werden, ist das die eigene freie Entscheidung. Kinder hingegen können diese Entscheidung kaum selbst treffen, sodass ihre Eltern für sie entscheiden müssten. Sollten diese sich nun nicht kümmern oder eine Krankheit aus unerfindlichen Gründen mutwillig riskieren trifft die Kinder dabei keine Schuld.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 23

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig setzt sich für weitere Forschung auf dem Gebiet der Gentechnik ein. Auch sollen praktische Experimente durch regulierten Anbau möglich gemacht werden.“

Begründung:

„Solange gentechnisch veränderte Lebensmittel keine gesundheitsschädlichen Eigenschaften aufweisen, bergen sie sehr große Vorteile. Man benötigt weniger Pestizide, sie wachsen schneller und bringen einen höheren Ertrag. Gentechnik ist der Schlüssel, um eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und Hungersnöte zu bekämpfen. Dazu muss jedoch daran geforscht werden, und dies ist ohne Feldversuche kaum möglich. Diese sind im Moment entweder verboten oder so stark reguliert und bürokratisiert, dass sie praktisch unumsetzbar sind. Auch unter dem Aspekt, dass wir ein Forschungsstandort sein wollen, ist dieser Zustand nicht tragbar.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Antrag Nr.: 24

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert den großflächigen Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland. Auch soll ein Anspruch auf angemessen schnelles Internet langfristig gesetzlich festgeschrieben werden. Der Ausbau der Netze und das Bekämpfen sog. „weißer Flecken“ sollte in jedem Fall höhere Priorität haben als mobiles Highspeedinternet.“

Begründung:

„Dieser Inhalt betrifft weniger die Großstädte, und mehr die Landkreise, welche sowohl relativ große Städte als auch sehr ländlich geprägte Gemeinden beinhalten. Dass es an einigen Orten in Deutschland und auch im Braunschweiger Land kein mobiles Internet gibt, ist dem 21. Jahrhundert nicht würdig und schwächt uns als Wirtschaftsstandort. Sobald ein Landkreis eine flächendeckende Internetversorgung hat, kann die äußerst sinnvolle Idee der kostenfreien Hot-Spots umgesetzt werden.“

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr.: 25

Verband: Kreisverband Peine

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Der JU Landesverband Braunschweig setzt sich für einen achtspurigen Ausbau der A2 im gesamten Land Niedersachsen, mindestens und vordringlich aber zwischen der Anschlussstelle Garbsen und dem Kreuz Wolfsburg/Königslutter ein. Es soll von Seiten des LV BS auch auf ein gemeinsames Eintreten mit dem Landesverband Niedersachsen für dieses Projekt hingewirkt werden.“

Begründung:

„Die A2 ist die wichtigste Ost-West-Achse im Straßenverkehr in ganz Niedersachsen. Sie verbindet Nordrhein-Westfalen und speziell das Ruhrgebiet mit Hannover, Braunschweig und Berlin und stellt damit die womöglich wichtigste Ost-West-Achse in ganz Deutschland dar.

Besonders für Pendler ist die A2 von immenser Bedeutung: So pendeln vor allem auch in unserer Region täglich viele Menschen von ihrem Wohnort zum Arbeitsplatz, etwa nach Braunschweig, Hannover oder Wolfsburg. Auch für Wochenendpendler, die hauptsächlich aus den neuen Bundesländern, aber auch aus unseren östlichen Nachbarstaaten wie Polen, Tschechien oder den Baltischen Staaten zum Arbeiten nach Westen fahren, ist sie von zentraler Bedeutung. Für den Güterverkehr zwischen Deutschland und Westeuropa auf der einen Seite und den östlichen EU-Mitgliedsstaaten und weiteren osteuropäischen Staaten auf der anderen Seite ist sie längst unverzichtbar geworden.

Angesichts des starken Wirtschaftswachstums in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU,

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

einer immer stärker werdenden Vernetzung der europäischen Volkswirtschaften untereinander und einer wachsenden Nachfrage nach räumlich flexibel einsetzbaren Arbeitskräften in der Wirtschaft ist davon auszugehen, dass das Verkehrsaufkommen auf Autobahnen in Zukunft, gerade auf der A2, weiter deutlich ansteigen wird. Dem müssen die Verkehrssysteme gewachsen sein. Um Überbelastung und Dauerstaus in unserem Ballungsgebiet zu vermeiden, sollte die A2 daher in ganz Niedersachsen, vordringlich aber zwischen der Anschlussstelle Garbsen und dem Kreuz Wolfsburg/Königslutter auf insgesamt acht Fahrspuren ausgebaut werden. Nötige Neu- und Umbauten von Brücken und Rastanlagen sollten weitblickend so gebaut werden, dass ein langfristiger möglicher Ausbau auf zehn Fahrspuren ohne Probleme möglich ist.“

Votum der Antragskommission:

Ohne Votum

Antrag Nr.: 26

Verband: Kreisverband Helmstedt

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, die Stilllegung von Gleisen und Bahnhöfen in kleineren Städten und Dörfern unverzüglich einzustellen.“

Begründung:

„Die Lebensqualität hat überall in Deutschland annähernd gleich zu sein, oder zumindest ist darauf hinzuarbeiten. Vor allem für Jugendliche ist die Stilllegung ein Problem, da sie grundsätzlich sehr immobil sind.“

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

Antrag Nr.: 27

Verband: Kreisverband Goslar

Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert alle kommunalen Mandatsträger der Jungen Union auf, sich für die Umbenennung von Straßen einzusetzen, wenn an diesen eine Fatih-Moschee liegt. Als neuen Straßennamen empfehlen wir „Prinz-Eugen-Straße“, so dass die Fatih-Moschee entsprechend diese Postanschrift erhält.“

Begründung:

„1453 eroberte Sultan Mehmed II. Konstantinopel und erhielt dafür den Ehrentitel „Fatih“ (Eroberer). Im Zuge seiner Eroberung plünderte er die Stadt, entweihte die damals größte christliche Kirche und ließ zahlreiche christliche Zivilisten und Geistliche ermorden. All dies geschah vor über Fünfhundert Jahren und sollte heutige Beziehungen zwischen den

Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (B)

Religionen nicht belasten. Allerdings muss die Junge Union mit Verwunderung feststellen, dass es in Deutschland rund 50 Fatih-Moscheen gibt. Im 21. Jahrhundert scheint es muslimischen Gemeinden in ihrer christlich geprägten Wahlheimat eine Bedürfnis zu sein, an diesen „Eroberer“ zu erinnern. Obwohl zahlreiche gängige Namen zur Auswahl stehen, entscheiden sich viele Gemeinden für einen Christenschlächter als Namensgeber.

Als Kraft der Toleranz will die Junge Union diese befremdliche Entscheidung akzeptieren. Da die Verehrung von Kriegshelden bzw. Kriegsverbrechern im Nachkriegsdeutschland keine ausgeprägte Tradition ist, wollen wir uns diesem kulturellen Einfluss annähern. Deshalb soll in dieser Nähe zum „Eroberer“ auch einem militärischen Charakter der abendländischen Geschichte gedacht werden. Anders als Mehmed II. war Prinz Eugen kein Invasor, sondern ein Verteidiger; er pflegte in Friedenszeiten den regen Dialog mit den Muslimen und er ist ein Vorbild an europäischer Solidarität. Eugen ist also in vielerlei Hinsicht ein hervorragender Namensgeber, der militärisches Geschick, den Dialog der Religionen und den europäischen Gedanken verkörpert. Durch diese Namensänderung wollen wir die „Eroberer“-Gemeinden, mit ihrer Vorliebe zu historisch begründeter Namensgebung, an Eugens beeindruckenden Wirken teilhaben lassen.“

Votum der Antragskommission:

Ohne Votum